



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Wohnungslosigkeit verhindern – Konsequenzen aus dem Wohnungslosenbericht ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die bundesweite Erhebung zur Wohnungslosigkeit und der Wohnungslosenbericht 2022 eine alarmierende Entwicklung im Freistaat aufzeigen. Demnach sind 2022 mindestens 18 000 Menschen in Bayern wohnungslos. Die schwierige wirtschaftliche Lage und enormen Preissteigerungen verschärfen die Situation für Menschen mit niedrigen Einkommen zusätzlich.

Die Staatsregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zu ergreifen und hierfür ein Konzept zur Finanzierung vorzulegen:

- Die Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit flächendeckend auf- und auszubauen.
- Ein eigenes Fachreferat Wohnungsnotfallhilfe im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales einzurichten.
- Die Unterstützung der Kommunen bei der Bereitstellung angemessener Unterkünfte mit aufsuchender Sozialarbeit zu intensivieren.
- Die Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung von spezifischen, bedarfsgerechten Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen zu intensivieren.
- Den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau oberste Priorität einzuräumen und deutlich auszuweiten.
- Ein Förderprogramm für Housing First als Ergänzung zu bestehenden Hilfesystemen aufzulegen.

Begründung:

Zum Stichtag 31.01.2022 wurde erstmals eine bundesweite jährliche Erhebung zur Wohnungslosigkeit durchgeführt. Demnach sind mindestens 18 000 Menschen in Bayern wohnungslos, bundesweit sind es 178 000, die in Gemeinschafts- oder Notunterkünften untergebracht sind. Eine ergänzende Berichterstattung zur verdeckten Wohnungslosigkeit sowie zu Menschen, die auf der Straße leben, liefert weitere Erkenntnisse zum Umfang der Wohnungslosigkeit. Demnach kommen bundesweit 49 000 verdeckt wohnungslose Menschen bei Freunden oder Bekannten unter, 37 000 Menschen verfügen über keine Unterkunft. Allein die Landeshauptstadt München schätzt die Zahl

der Obdachlosen auf rund 550. Durch die Stiftung Obdachlosenhilfe und den Aktionsplan konnten mittlerweile zwar in etlichen bayerischen Regionen Modellprojekte realisiert werden, es fehlt jedoch ein flächendeckendes Netz an Hilfen. Zudem bildet die Erhebung im Rahmen des 5. Berichts zur Sozialen Lage in Bayern die reale Situation nicht ab. Die Stichtagserhebung erfasste 2020 gerade mal rund 9 400 kommunal bzw. ordnungsrechtlich untergebrachte wohnungslose Personen in Bayern, wobei die Abfrage lediglich in 25 kreisfreien Städten durchgeführt wurde. Die im Rahmen des Wohnungslosenberichterstattungsgesetzes (WoBerichtsG) des Bundes erhobenen Daten müssen nun als Grundlage herangezogen werden, um ein bayernweites Netz an Hilfsangeboten zur Prävention und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zu schaffen. Hauptgründe für die steigenden Zahlen im Wohnungslosensektor sind das nach wie vor unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, der sinkende Bestand an Sozialwohnungen und eine Verfestigung der Armut. Das deklarierte Ziel zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 muss auf allen politischen Ebenen entschieden angegangen werden. Auch der Freistaat muss hier seinen Beitrag leisten und den Kommunen stärker unter die Arme greifen.